

Bezugspreis: Vierteljährlich 90.- M., monatlich 20.- M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die zehnspaltige Komposition ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 21. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Loucheur über die Gesundung Europas.

Paris, 21. Februar. (W.B.) Der ehemalige Wiederaufbau- minister Loucheur hielt gestern in Lyon vor einer Vereinigung von Industriellen Kaufleuten und Landwirten eine Rede über die wirtschaftliche Krise.

Das Mittel gegen diese Krise sieht Loucheur in der annähernden Gleichheit der Produktions- und der Konsumtionsziffern.

Loucheur sprach alsdann von der Reparationsfrage. Er sei ein Mann der Realisierungen.

auch so gegenüber England verhielten. Das Parlament der Vereinigten Staaten habe diese Kombination abgelehnt.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Revolution in Portugal.

Die Regierung geflüchtet - Intervention? Paris, 21. Februar. (W.B.) Das „Echo des Paris“ veröffentlicht eine Depesche aus Madrid.

Madrid, 21. Februar. (E.E.) Nachdem bereits gestern nachmittags Nachrichten eingelaufen waren, daß die Regierung von Lissabon in Erwartung einer neuen Revolution sich in das bewaffnete Lager begeben und gleichzeitig die Truppen unter Waffen gerufen habe, wird heute mitgeteilt, daß die Regierung aus Lissabon geflüchtet sei.

Da Cunha erkrankt. Der brasilianische Botschafter in Paris und Vorsitzende des Völkervertrages da Cunha hat einen Schlaganfall erlitten.

Der Dollar steigt und sinkt.

Infolge des scharfen Rückganges der Mark an der gestrigen New Yorker Börse wurden heute vormittag im Verkehr zwischen den Banken Dollarnoten mit 230 bis 232 gehandelt.

Neuer Zwischenfall in Oberschlesien.

Breslau, 21. Februar. (W.B.) Am 19. d. M., abends gegen 9 Uhr, ereignete sich in Gleiwitz folgender Zwischenfall: Aus einem Gasthause traten drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, ansehend in angeheitertem Zustande auf die Straße.

Die Helfer der Mörder.

In Budapest sind Erklärungen hoher Polizeibeamter erschienen, die natürlich entschieden in Abrede stellen, daß den von den Reichswehrbehörden der Ermordung Erzbergers beschuldigten zwei Münchener Deutschen in Budapest falsche Pässe ausgestellt worden seien.

Die katholische „Süddeutsche Volkszeitung“ teilt mit, auf welche Weise die Entdeckung der beiden Mörder gelang.

Die Korrespondenz für das „Christliche Volk“ enthält einen offenen Brief von Dr. Steiger an Dr. Hetenyi, den Polizeipräsidenten von Budapest.

- 1. Ist es der Polizeibehörde in Budapest nicht bekannt, daß die Erzberger-Mörder Wachen hindurch im Hotel „Astoria“ gewohnt haben?
2. Weiß die Polizei auch nichts davon, daß dieselben nach ihrer Entdeckung mit ihrem Gepäck nach Wien übergeföhrt sind?
3. Haben nicht Budapest'sche Polizeibeamte bei der Verhaftung der Mörder mitgewirkt?
4. Ist der Budapest'sche Polizei nicht bekannt, daß die Mörder noch dieselben Waffen bei sich führten, als der sie die Schüsse auf Erzberger und den Abmarschieren Diez abgefeuert hatten?
5. Hat nicht die Budapest'sche Polizei den Verhafteten neue falsche Pässe ausgestellt, die Ihre Unterschrift tragen, Herr Polizeipräsident?
6. Wissen Sie nicht, daß dank Ihrer Mitwirkung der deutsche Polizeibeamte, dessen Tätigkeit in Ungarn im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung erfolgte, nach keiner Meldung von der vorübergehenden Festnahme der Mörder an die Staatsanwaltschaft in Offenbürg aus Ungarn ausgewiesen ist?

Das Verlangen Dr. Steigers an den Budapest'schen Polizeipräsidenten öffentlich zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, wird sicherlich erfüllt werden.

Wir werden also zweifellos volle Aufklärung bekommen, da ja die Nordbuben nicht (mehr) in Ungarn weilen.

Existenzkampf der Berufsmusiker

Von Victor Road. Vor dem Kriege hatten die Zivilberufsmusiker als Gewerbestand schwer zu leiden unter der Konkurrenz der Militärmusiker. Die infolge der Aufhebungen von Militärkapellen als „Militärmusiker“ vom Arbeitsmarkt der Berufsmusiker verschwundenen Kräfte tauchten leider sehr bald als neben-gewerblich musizierende Beamte wieder auf.

Diese Auffassung unterscheidet sich grundsätzlich von der Bekanntmachung der sämtlichen Staatsministerien im Freistaat Bayern vom Juni 1921 über die gewerbsmäßige Ausübung der Musik durch Beamte.

Die Musikausübung ist an Orten, an denen örtliche Berufsmusikerverbände bestehen, dem Beamten im Einzelfalle nur gestattet, wenn ihm von einem dieser Verbände schriftlich bestätigt ist, daß für die betreffende Veranstaltung ein geeigneter Berufsmusiker nicht zur Verfügung steht.

In Königsberg haben die den 350 organisierten Berufsmusikern gegenüberstehenden 250 gewerbsmäßig musizierenden Beamten vier vollbesetzte Orchester gebildet. Um den Berufsmusikern den Rang abzulaufen, und — da die dortigen Behörden wie in Hannover meinen, nur das öffentliche Musizieren gegen Entgelt sei den Beamten zu unterfagen — spielen diese Leute für ein paar Glas Bier.

Eine Zusammenstellung des Deutschen Musikerverbandes zeigt, was die Konkurrenz dieser „Harmonie-Kapelle“ für die Berufsmusiker in Karlsruhe bedeutet.

frisch dafür allein rund 30 000 M. ein. Sollten die Dienst-  
geschäfte dieser Beamten bei der Behörde durch eine so  
anstrengende nebegewerbliche Tätigkeit nicht leiden, dann  
muß die Art ihrer behördlichen Tätigkeit allerdings eine sehr  
einfache sein.

Wir scheinen schon der Standpunkt, den die Stadtverwal-  
tung Hannover eingenommen hat, daß die Behörde ihren  
Beamten das gewerbliche Musizieren während  
des Urlaubs nicht unterlagen könne, falsch zu sein. Ganz  
abgesehen von der offen bleibenden Frage, ob der aus öffent-  
lichen Mitteln besoldete Beamte mit dem steuerzahlenden  
Gewerbetreibenden gewerbsmäßig in Konkurrenz treten  
dürfe, wobei der Beamte eben auf Grund seiner wirtschaft-  
lichen Fundierung als Beamter dem lediglich auf den Ertrag  
seiner gewerblichen Arbeit Angewiesenen immer um einige  
Rafenslängen voraus ist — hieron ganz abgesehen, spricht  
gegen die Auffassung der Stadt Hannover, daß das Beamten-  
gehalt während des Urlaubs unter der Voraussetzung weiter  
gezahlt wird, daß der Urlaub der Erholung, der Stärkung  
der Arbeitskraft des Beurlaubten und somit dem Interesse der  
Stadt diene, d. h. die Stadt behält ein gewisses Verfügungs-  
recht über die Zeit des Urlaubs, sie schreibt dem Beurlaubten  
das Ausruhen als seine Pflicht vor, und der Beamte, der  
seinen Urlaub, dessen Kosten die Stadt aus öffentlichen Mitteln  
bestreitet, zu gewinnbringender Tätigkeit benutzte, handelt  
gegen das öffentliche Interesse.

Die Karlsruher Behörde geht ja nun sogar so weit, ihre  
„Harmonie-Kapelle“ angehörigen Beamten für Kon-  
zertreisen nach Baden-Baden und andere Bäder zu beurlauben.  
Als der Deutsche Musikerverband im vorigen Som-  
mer mit dem Allgemeinen Deutschen Bäderverband als Ar-  
beitgeberorganisation das Tarifabkommen von 1920 erneuern  
wollte, mußten infolge des Widerstandes der Arbeitgeber  
einige Bäder gesperrt werden. In diesen Fällen sind  
Beamte als Streikbrecher aufgetreten.

Ein Kapitel für sich bildet die Konkurrenz der  
musizierenden Schupo. In Königsberg z. B.  
ist durch die Konkurrenz der Schupo-Kapelle die Existenz des  
Stadttheater-Orchesters in Frage gestellt. Der gewerbsmäßig  
musizierende Schupo-Beamte vor allem kann in die Lage  
kommen, dem Gastwirt als Beamter entgegenzutreten zu müssen,  
bei dem er als Musiker in Brot und Lohn steht. Nicht jeder  
wird aus diesem Interessenskonflikt unbeschadet hervor-  
gehen. Beide Teile sind gefährdet, der eine als Geber  
(Beamtenbesoldung), der andere als Nehmer. Die Behörde  
sollte dieser Möglichkeit unter allen Umständen vorbeugen,  
indem sie generell ihren Beamten das öffentliche Musizieren  
verboten. Konflikte zwischen Amtspflicht und privatem Inter-  
esse des gewerbsmäßig musizierenden Beamten drohen über-  
all: beim Steuerbeamten (Vergnügungssteuer, Schankerlaub-  
nissteuer), beim Stadtauswärt (Schankerlaubnis) u. a. m.,  
schließlich überhaupt in all den vielen Fällen, wo der Gast-  
wirt (Saalbesitzer) nicht nur als solcher, sondern als Bürger  
mit der Behörde zu tun bekommt, bei der ein für ihn gewerb-  
lich musizierender Beamter angestellt ist.

Beamte sollen so auskömmlich besoldet werden, daß die  
Behörde von ihnen verlangen kann, daß sie zu niemand außer  
ihrer Behörde in materielle Abhängigkeit treten. Wenn der  
frühere Minister des Innern in Preußen, Wolf-  
gang Heine, in Verantwortung einer Bekräftigung des Deut-  
schen Musikerverbandes an diesen unterm 29. August 1919  
schreiben ließ:

„Die von Ihnen vorgeschlagene radikale und restlose Unter-  
bindung des Musizierens der Beamten wäre mit Unbilligkeiten und  
Schädigungen von gleichfalls unzweifelhaft berechtigten Interessen  
verbunden. Der Nebenerwerb dient manchen Beamten zur  
notdürftigen Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts.“  
so überfah der Minister, daß es sich bei den Musikern nicht wie  
bei seinen Beamten darum handelt, sich den Auftrieb aufs  
Brot zu erhalten, sondern ein Stück trockenes Brot zu erwer-  
ben: er überfah ferner, daß es ungerecht und hart ist, einen  
einzelnen Gewerbestand — und gar erst einen wirtschaftlich

so bedrückten wie den der Berufsmusiker — es entgelten zu  
lassen, daß eine Behörde nicht imstande ist, ihre Beamten an-  
gemessen zu besolden. Ganz abgesehen davon, daß diese Art  
Ersparnis auf Kosten eines Gewerbestandes als Last auf  
diesem nicht liegen bleibt, sondern weiter rollt und als eine  
Lawine sozialer Verpflichtungen schließlich doch über den  
öffentlichen Haushalt niedergeht. Da zeugt doch die oben be-  
reits zitierte Verordnung der bayerischen Ministerien von  
etwas tieferem Verständnis für die Lage der Zivilberufs-  
musiker. Leider läßt die Durchführung auch dieser Verord-  
nungen viel zu wünschen übrig.

## Unabhängiges Durcheinander.

In einem längeren Aufsatz der heutigen Morgenausgabe  
der „Freiheit“ polemisiert Georg Ledebour gegen seine  
Parteienossen Breitscheid und Dittmann, die die  
Haltung der unabhängigen Fraktion bei der Abstimmung vom  
15. Februar in einer Weise ausgelegt hatten, die für die mit  
„Nein“ stimmende Mehrheit letzten Endes höchst blamabel  
war. Ledebour bestätigt zwar die Auffassung Breitscheids,  
daß seitens der „Dissidenten“ ein formeller Disziplinbruch  
nicht vorliege, schränkt jedoch das Recht der Nichtteilnahme  
an einer Abstimmung durch zwei Bedingungen ein: erstens  
dürfe dieses Recht nicht zu einer Demonstration gegen  
die Partei ausarten und zweitens dürfe es nicht zur Durch-  
kreuzung des Fraktionsbeschlusses mißbraucht werden.  
Ledebour meint, daß eine solche Durchkreuzung nicht vorliege,  
da die Minderheit auf das Endergebnis der Abstimmung keinen  
entscheidenden Einfluß gehabt habe, und da es sich nicht um  
eine dauernde koalitionsfreundliche Fronde innerhalb der  
USP-Fraktion handle, aber er bejaht das Vorhandensein  
einer Demonstration angesichts der großen Zahl der  
Dissidenten. Es sei einer jener Fälle, „in denen die Quantität  
in die Qualität umgeschlagen ist“. Wir wollen für unseren  
Teil gern bestätigen, daß eine Mehrheit, die unter der  
geistigen Führung von Ledebour, Crispian und Rosenfeld steht,  
und mochte sie noch so groß sein, kaum Gefahr laufen wird,  
in die Qualität umzuschlagen.

Gegenüber Dittmann, der den Sturz einer Regierung nur  
von der Stellungnahme des Reichstages zu allgemeinen  
Vertrauens- und Mißtrauensnoten abhängig machen wollte,  
stellt Ledebour, unseres Erachtens mit Recht, fest, daß in den  
parlamentarisch regierten Ländern eine Regierung auch nach  
einem Mißtrauensvotum über eine Teilfrage zurücktreten  
müsse. Damit gibt Ledebour im Gegensatz zu Dittmann zu,  
daß die USP-Mehrheit den Sturz der Regierung Birth tati-  
sächlich bezweckte. Das zwingt ihn aber auch, sich mit der  
Angelegenheit Kadel-Breitscheid zu beschäftigen, da ja  
Kadel sich bekanntlich Breitscheid gegenüber für die Erhaltung  
der Regierung Birth ausgesprochen hatte. Er verhöhnt dabei  
Breitscheid, der sich des mostowitschen Abgesandten als  
Mittelsmannes bedient hatte, um Dr. Rosenfeld und  
ihn selbst davon zu überzeugen, daß sie nicht gegen das von  
Birth geforderte Vertrauensvotum stimmen dürften. Ledebour  
kannzel Breitscheid bei dieser Gelegenheit gründlich ab:

„Wenn ich einem Parteigenossen meine Meinung in irgendeiner  
Frage beibringen will, so werde ich mich auf die überzeugende Kraft  
meiner eigenen Beweisführung verlassen, allenfalls noch auf die  
Hilfe von Parteigenossen. Ich werde aber sicher nicht die  
Führung meiner Sache bei anderen Parteigenossen den Mitgliedern  
einer anderen Partei anvertrauen.“

Ledebour hat also, unbekümmert um alle außenpolitischen  
Erwägungen der Breitscheid und Genossen, die Regierung  
Birth tatsächlich stürzen wollen. Die Frage: Was  
dann? beantwortet er auf sehr einfache Art. Man müsse an  
die SPD. und an die KPD. (1) mit der Aufforderung her-  
antreten, sich mit der USP. zusammenzutun zur Erreichung  
der Regierungsgewalt. Keine Arbeiterregierung, und sobald  
diese ein Mißtrauensvotum des Reichstages erhält, Auf-  
lösung des Reichstages, Neuwahlen, bei denen man eine  
proletarische Majorität erhoffen dürfe. Würde unsere Partei  
diese Politik ablehnen, dann würde der Beweis dafür erbracht  
sein, daß sie „für die Verwirklichung des Sozialismus durch  
den proletarischen Klassenkampf nicht mehr zu gebrauchen“ sei.

Wir wissen nicht, aus welchen Erscheinungen der letzten  
Zeit Ledebour diesen Optimismus bezüglich der Erringung  
einer absoluten proletarischen Mehrheit bei kommenden Neu-  
wahlen herleitet. Die Haltung der USP. bei der jüngsten  
Krise hat jedenfalls nicht dazu beigetragen, in das Proletariat  
einen großen, siegesverheißenden Schwung hineinzutragen.  
Wenn man indessen seit einem Jahre im Reichstage beobachtet  
dürfte, wie derselbe Ledebour die kommunistischen Abgeord-  
neten als Dioten bezeichnete und behandelte, wie er ihnen  
noch vor kurzem zurief: „Davon verstehen Sie natürlich  
nichts!“ oder „Haltet doch endlich das  
Maul!“ oder wie er kurz nach Halle im Reichstage von der  
Tribüne herab Koenen und seine Freunde mit Eiern ver-  
güß, der wird über die Aussichten eines Zusammenarbeitens  
in der Regierung zwischen Unabhängigen und Kommunisten  
etwas skeptisch urteilen müssen. Wir erklären für unsern  
Teil, daß die Ablehnung einer Koalition mit der Oberlein-  
Remmele-Zentrale lediglich ein Beweis dafür wäre, daß die  
Sozialdemokratische Partei im Gegensatz zu Ledebour und  
seinen Freunden nicht von allen guten Geistern verlassen ist.

## Schiffahrtsfragen im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Dienstag  
der Haushalt des Reichsministeriums für Wiederauf-  
bau weiter beraten. In der Debatte über den Haushalt für den  
Wiederaufbau der Handelsflotte stellte Abg. Dr. Most (Dt. Vp.) ver-  
schiedene Fragen hinsichtlich der Rheinschiffahrt. Redner hielt  
die Vergütung an die Reederei für die abgestellten Schiffe für zu niedrig,  
da sie diese nicht in die Lage setze, sich das Handwerkszeug neu zu  
beschaffen. — Abg. Dr. Haas (Dem.) bemängelte, daß der amerika-  
nische Schiedsrichter auf eine Anfrage über den Antwort geblieben sei,  
forderte verschiedene Auskünfte über die Kanalschiffahrt und stellte  
die Frage, ob nicht die Ablieferung von Schleppten durch ihren Neu-  
bau ersetzt werden könne. — Ministerialdirektor v. Jonquieres führte  
aus: Schroers Schiffe sind nach Art. 357 vom Schiedsrichter für ab-  
gabepflichtig erklärt worden. Die auf dieser Liste stehenden Schiffe  
wurden von den Holländern in Holland zurückge-  
halten. Die deutsche Regierung hielt daraufhin andere Schroers-  
Schiffe juristisch, welche sich mit Kohlen auf der Fahrt nach Holland  
befanden, gab sie aber, zumal die Kohlen in Brand gerieten, gegen  
Kautionsstellung frei, bis über das Gesamtmaß der Heranziehung  
der Schergerflotte auch nach § 8 entschieden sei. Dem Schiedsrichter  
wurde über den Stand der Ablieferung nach Art. 357 berichtet. Auf  
seine Anfrage, warum nicht die Schroers-Schiffe nach Art. 357  
schon abgeliefert wurden, ist eine amtliche Antwort dem Aus-  
wärtigen Amt zur Weitergabe zugestellt worden. Es kann im  
Augenblick nicht festgestellt werden, wann die Antwort in die Hand  
des Schiedsrichters gelangt ist. Die Heranziehung der  
Kanalschiffe wurde dadurch erschwert, daß von den Interessenten  
zunächst unbrauchbare Listen präsentiert wurden. Dert sollen ein-  
wandfreie Listen vorgelegt sein. Ferner muß abgewartet werden,  
zu welchem Ergebnis die Vorführung der ausgelieferten  
Weserschiffe führt. Die Hochseelopper müssen nach dem Ver-  
trag an Belgien abgeliefert werden. Nur hat sich Belgien einor-  
stenden erklärt, dafür Neubauten vorzunehmen, wenn sich die Ab-  
lieferung alter Schiffe als unmöglich erweist. Die Entschädi-  
gungsfrage muß vor dem zur Beratung der Binnenschiffahrts-  
entschädigungslinien berufenen Ausschuss verhandelt werden. Ge-  
rade wegen der Entschädigungsproblematik ist die Abgabe von  
besonders eingeschränkt worden. In gleicher Lage wie die Binnen-  
schiffahrt befindet sich indes besonders auch die Seeschiffahrt.

## Verbilligungsaktion in Bayern.

München, 21. Februar. (Z.N.) In der gestern im Landwirt-  
schaftsministerium stattgefundenen Besprechung der Regierung, sämt-  
licher Regierungspräsidenten und der Vertreter der beteiligten Or-  
ganisationen über den Wirtschaftspol für 1922 wurde ein Ausblick  
über die Verbilligungsaktion zugunsten der minderbemittel-  
ten Bevölkerung gegeben und von der Regierung versichert, daß  
eine neue Hilfsaktion für das Frühjahr vorgesehen sei. Außerdem  
habe das Landwirtschaftsministerium Verhandlungen eingeleitet, um  
eine freiwillige Preisbildung zwischen Erzeugern und  
Verbrauchern zu betreiben. In der Aussprache wurde allgemein an-  
erkannt, daß eine Rückkehr zur Zwangswirtschaft unmöglich und  
wirkunglos wäre. Man verhehte sich nicht, daß die Teuerungswelle  
ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe.

## Kollands „Wölfe“.

Erstaufführung im Deutschen Theater.

Vor dem Namen Romain Kolland, dessen „Wölfe“ gestern  
über die Bühne des Deutschen Theaters heulten, strahlt, un-  
durchdringlich fast, ein Panzer von Verehrung. Der Glorienschein  
einer Weltbekanntheit ist über seinem Haupte, und die Liebe einer kriegs-  
zerbrochenen Gegenwart streut ihm, dem Zertrümmerer des Krieges,  
dem Friedensstörer und Friedensforderer, ihm, dem barmherzigen  
und fanatischen Apostel der Menschlichkeit, Blumen des Dankes, der  
Hoffnung, des Glaubens, der Liebe. Aber so, wie dieser Woll von  
Verehrung die Zugänge zu dem Menschen Kolland versperrt, so ist  
auch das Drama „Die Wölfe“ dramatisch untertemperiert, mensch-  
lich nicht genügend erwidert; es eröffnet sich keine menschliche Land-  
schaft mit den Notwendigkeiten von Gipfeln und Niederungen, nur  
ein gewähltes Schlachtfeld, auf dem verstreute Wölfe von Schlag-  
worten sich aneinander zermalmen. Und, was den Frost dieses  
Stückes noch steigert: aus der Ebene der gegeneinander ausgespielten  
Phrasen führt nur ein Weg zurück — keiner ins Freie, Befreiernde.  
Der Weg zurück, zur Erkenntnis, daß der Mensch immer des Men-  
schen Feind, daß in jedem die Wolf-Beiste seit Urbeginn schlummert  
und lauert, die den Mitmenschen, den Mit-Wolf, zerreißt will.  
Wußten wir das noch nicht?

Feldherren der französischen Revolutionsarmee, das sind die  
Wölfe. Sie stehen im Kampf um Mainz. Der zum Kommandanten  
arrivierte Schweinefächler, der Theoretiker Leutner, vor der revo-  
lutionären Umdeutung der Gesellschaftsordnung Mitglied der Aka-  
demie der Wissenschaften, der ehemalige Aristokrat d'Ornon, der sich  
dem Rhythmus einer neuen Zeit verschrieben hat. Sie alle und ihre  
Mit-„Bürger“ sind gebunden durch den Kommissar des Konvents,  
Quessel, den berufsmäßig die Liebe zum Vaterland und menschlich  
die Macht quält. In diesen Kreis tritt das vagabundierende Raub-  
tier Wolf, das aus jedem einzelnen an die Gurgel des anderen, des  
Genossen springt. Denunziation, Eifersucht, starrs Verkrampfen  
in die Formel sind die Triebfedern zu dem Kampf Mann gegen  
Mann. So liefern sie sich gegenseitig der Guillotine aus. Nach einer  
Raserei von Schlagworten, für die sie gepölkert, geraffelt, gebrellt  
haben. Bloß ein einziges Schlagwort klingt nicht auf: das Wort  
Menschlichkeit. Dieses aber ist kein Schlagwort. Wölfe haben ein-  
ander zerfleischt. Daß nicht nur im Menschen der Wolf, daß auch  
im Wolf der Mensch sein könnte, das wurde vergessen. Und darum  
ist Kollands Drama ohne Ethik, ohne dramatische Seele, ohne so-  
ziales Gewissen. Er ist nicht als Richter über Menschen, nicht als  
Beweger der Wölfe gekommen. Nur hinter die Stäbe einer Re-  
nagerte durfte man sehn . . .

Schwer, dieses theaterfremde Gemenge in seiner unorganischen  
Berknappheit bühnenmäßig zu formen, zu steigern, zu erhitzen. Der

neue Regisseur, Berthold Viertel, mit einem Garantieschein aus  
Dresden gekommen, gab sich redliche Mühe. Doch über Schrei und  
Lärm und brutale Hysterie hinaus fand er keine Stimme, die haften  
geblieben wäre. Einmal warf er sich zu einer blühenden Größe auf,  
wie er den Einzug des Schlächter-Generals stellte.

Schweinefächler und Kommandant ist Rißpfer. Ein damp-  
fendes Ungeheuer voll dumm-wilder, pfliff-eisler Wucht. Von der  
Sprache losgelöst, in fauchendes Artikulieren, tosendes Lärmen ver-  
rann. Werner Krauß, der Kommissar des Konvents, der einzige,  
der hinter der Phrasenlarve ein menschliches Antlitz zeigte; gepen-  
flich aufstarker, aber noch im rhetorischen verstrickt, der Gerechtig-  
keitsfanatiker Wilhelm Dieterles. Bloß, schier unbeteiligt, der  
Aristokrat Kribert Bäcker.

Man bereite dem Werk eine Aufnahme, die den Lärm der  
Bühne überbot.

Der Mond auf Abwegen. Bei verschiedenen Gelegenheiten,  
z. B. bei der letzten Mondfinsternis, hat sich gezeigt, daß im Mond-  
umlauf Unregelmäßigkeiten vorkommen, auf welche die Astronomen  
nicht gefaßt waren. Die Verfinsternung durch den Erdschatten be-  
gann einige zwanzig Sekunden früher als sie eigentlich sollte. Es  
scheint also, daß der Mond in seinem Umlauf eine kleine Beschleunigung  
erfahren hat, deren Ursache wir noch nicht kennen. Der ameri-  
kanische Astronom Lee, der sich u. a. auch mit den Sonnenflecken  
beschäftigt hat, vermutet, daß die elektromagnetischen Ströme, die  
sonst von der Sonne zum Mond hinüberströmen, von der dazwischen-  
tretenden Erde aufgefangen werden; da nun meist zweimal im  
Jahre ein solches Dazwischentommen der Erde, d. h. eine Mond-  
finsternis eintritt (das laufende Jahr ist eine Ausnahme), so könnten  
die Wirkungen sich allmählich verstärken. Auf dem Marine-Ober-  
vatorium zu Washington scheint man eher der Ansicht zuzuneigen,  
daß die Masse des Mondes durch heraufstürzende Meteoriten sich  
vergrößere, und daß diese Massenvermehrung auch eine größere Ge-  
schwindigkeit hervorbringe. Andere erwarten von Einsteins Relativ-  
itätstheorie eine Aufklärung der seltsamen Abweichungen der Mond-  
bahn, die nicht groß sind, aber doch auffallen, da wir sonst auf  
Zehntelsekunden genau zu rechnen gewohnt sind. In Amerika ist  
man über diese Erscheinung um so mehr erkaunt, als erst vor drei  
Jahren die neuen großen Mondabbildungen des Professors Brown von  
der Yale-Universität erschienen sind, die alles bisher Dagewesene  
an Genauigkeit in den Schatten stellen sollen; dreißig Jahre ist daran  
gearbeitet worden! Solche Abweichungen in den Bahnen der Ge-  
stirne haben früher mehrfach interessante Folgen gehabt: den Un-  
punktigkeiten der Jupitermonde verdanken wir die Entdeckung der  
Geschwindigkeit des Lichtes, den Störungen des Uranus die Ent-  
deckung des Neptun usw. Was mag hinter den Unregelmäßigkeiten  
des Mondes stecken?

Eine deutsche Schulausstellung. Auf der mitteldeutschen Aus-  
stellung zu Magdeburg, die vom Juni bis September dieses Jahres  
stattfindet, wird auch eine großzügige Sonderausstellung zu finden  
sein, die den Titel „Die deutsche Schule“ führt. Diese Sonderaus-

stellung, deren Organisation von einem besonderen Arbeitsauschuß  
unternommen wird, zerfällt in zwei Abteilungen. Die erste gibt  
einen Überblick über die neuzeitlichen Hilfsmittel, die die Lehrmittel-  
industrie auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung ge-  
schaffen hat. Die zweite Abteilung, die von einer Reihe von Lehrer-  
verbänden und Schulausschüssen ins Leben gerufen ist, be-  
handelt die verschiedensten Gebiete der Schule, beginnt mit einem  
historischen Überblick über Lehr- und Lernmittel aller Zeit, behan-  
delt dann die Themen: Kindergarten, Volksschule, Hörschule, Fort-  
bildungsschule, Berufsschule, die höheren Schulen, Volkshoch-  
schule, Universität, Spiel- und Sport, Jugendwandern und Jugend-  
herbergen, das fidele Schulwesen. Während der Ausstellung  
werden eine Reihe von Tagungen stattfinden.

Kleine Jahrbücher. Die französische Verlagsbuchhandlung in  
Eutin gibt entsprechend ausgestattete, illustrierte Jahrbücher,  
zunächst für das Jahr 1922, heraus, von denen bereits mehrere  
vorliegen. Das Sternbüchlein von R. Henseling bringt alle  
von Freunden des gestirnten Himmels gemachten Zusammen-  
stellungen der außerirdischen Erscheinungen nebst den zugehörigen  
Sternkarten, Nebelkarten und erläuternden Artikeln. Das von  
mehreren Forschern verfaßte Erdbüchlein gibt eine geographisch-  
politische Uebersicht der einzelnen Länder mit den durch den Krieg  
bewirkten Veränderungen, veranschaulicht auch die geologische  
Seite nicht, und schließt mit ansprechenden Beleuchtungen seiner  
Weltteile. Prof. Dr. H. Bowers Chemiebüchlein gibt einen  
gedrängten Abriss der jüngsten Fortschritte in der Chemie, darunter  
der Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft. Dieses Büchlein setzt  
aber beim Leser eine gewisse bis erhebliche Bekanntschaft mit den  
Grundlagen der chemischen Wissenschaft voraus. Weniger, aber  
populärer behandelte Stoffe wäre hier mehr gewesen!

Die ersten irischen Briefmarken werden nach den Mitteilungen  
des irischen Generalpostmeisters demnächst ausgegeben. Man be-  
günstigt sich zunächst vorübergehend damit, die englischen Briefmarken  
mit einem Ueberdruck zu versehen, der in gälischen Buchstaben die  
Schrift zeigt „Rialtas Sealabod Na hEireann 1922“ (vorläufige  
Regierung von Irland 1922). Für die Zeichnungen der endgültigen  
Briefmarken ist ein Preisauschreiben erlassen.

Arthur Goldschmidt ist toben von einer Stubierteile aus Palästina  
zurückgekehrt. Die Aufzeichnungen über seine Entwürfe verfaßt er ab  
Wärzburg in der „Neuen Rundschau“.

Im Deutschen Künstler-Theater beginnt das Derettensakt  
spiel am Freitag mit der Erstaufführung von „Der geistige Ver-  
schwender“.

Das Ende des Hageners Schauspielhauses. Die Stadtverordneten  
leben den Antrag der Theaterverwaltung auf Vermittlung weiterer  
1 700 000 M. für die Spielzeit 1922/23 ab. Somit wird das Hagenere  
Schauspielhaus geschlossen sein, seine Werten am 15. April zu schließen.

Der Dichter der „Villa hospitalis“ gestorben. Am 15. Februar  
verstarb in Bonn Professor Otto Kamp, der Dichter der „Villa hospitalis“  
und anderer Studentenlieder im Alter von 73 Jahren.

## Die Raben steigen nieder...

So wenig dagegen zu sagen ist, daß die christlichen Gewerkschaften sich weder an dem Eisenbahnerstreik im Ruhrrevier, noch an dem Streik der Reichsgewerkschaft beteiligten, um so mehr mußte die Art und Weise auffallen, in der die Christlichen diese Situationen für sich ausnützten, um ihre Organisation der Dessenlichkeit wie den beherrschenden Stellen „in empfehlende Erinnerung“ zu bringen. Pharisäerhaft beteuerten sie, daß sie nicht seien wie jene, daß sie einerseits die Interessen der Reichsarbeiter und -beamten, andererseits die Interessen des Gesamtvolkes vertreten werden. Von den gemeinsamen Verhandlungen der Spitzenorganisationen rückte sie gleich dem Beamtenbund ab und machten ein Bittgebet an den Reichstag.

Auch der behauerliche Streik der Reichsgewerkschaft soll ihnen zum besten dienen. Der Verband der Bahnmeister und Ingenieure hat sich infolge des Streiks von der Reichsgewerkschaft getrennt und dem Gesamtverband deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten angeschlossen, der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehört. Dieser Bahnmeisterverband vertritt unter dem 10. Februar ein Rundschreiben, wonach er seit 30. Januar fieberhaft an der Arbeit war, den Reichsgewerkschaftsstreik hand in hand mit den Eisenbahnergruppen im Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften (DGB) unwirksam zu machen. Die Reichsgewerkschaft sei unterlegen. Sie werde sich jetzt nach Bundesgenossen umsehen und ein neuer Streik werde schneller aufflammen als man annehme. Dem verderblichen Einfluß ihrer eigenen Kollegen mühten die rechtlich denkenden Leute entzogen werden. Das schlimmste Gift werde durch gewisse Gewerkschaftszeitungen unter die Eisenbahner versprüht. Man müsse daher Gewerkschaften empfehlen und unterstützen, die ihre Mitglieder auf Pflichtgefühl und Verantwortung einstellen. Bezüglich der Streikfolgen sagt das Rundschreiben:

„Beamten, Angestellten und Arbeitern, die sich während des Streiks im Interesse der Aufrechterhaltung und der Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes usw. und durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet haben, können von dem Direktionspräsidenten Belohnungen im Betrage bis zu 1000 Mark gewährt werden usw.“

Unser Wunsch ist dadurch nicht voll befriedigt. Wir hatten zwar eine Belohnung angeregt, aber keine geldliche, sondern eine auf Standesgebiet. Den treugebliebenen Beamten sollte eine öffentliche, von der Regierung ausgesprochene Anerkennung gegeben werden. Ferner sollten den Beamten- usw. Gruppen, die geschlossen das Staatsverbrechen abgelehnt haben, etwas gegeben werden, das nachahmbar ist, geeignet ist, das Staatsgefühl zu stärken und wodurch das Vertrauen der Verwaltung diesen Gruppen gegenüber offensichtlich in die Erscheinung tritt. — Hebung der Gruppenelastizität. — Mit kaltem Gelde kann keine Liebe erzeugt werden, wohl auf dem angezeigten Wege. Die Regierung hat sich sympathisch zu dieser Anregung ausgesprochen. ...“

Nach diesen Ausführungen ist bestimmt zu erwarten, daß die christlichen Eisenbahnbeamten das kalte Geld der in Wirtschaftspolitik umgewandelten Ueberteuerungs-zuschüsse, deren rasche Bewilligung und Auszahlung zweifellos mit auf den Streik der Reichsgewerkschaft zurückzuführen ist, weil von sich weisen, seine Annahme energisch verweigern werden. Oder sollten etwa auch sie das kalte Geld strupellos einstecken?

## Wirtschaft

### Die gesetzliche Regelung der Ausfuhrabgaben.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich erneut mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren. Die Ausschüsse des Reichsrats haben den Entwurf in einem Sinne abgeändert, der der Reichsregierung, besonders bezüglich des Tarifs, eine noch größere Freiheit gibt. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung konnte in längeren Ausführungen darlegen, daß in dem Gesetz jetzt alle Möglichkeiten gegeben seien, allen Veränderungen der wirtschaftlichen Lage Rechnung zu tragen. In der Erörterung erhob ein Arbeitgeber der Industrie Einspruch dagegen, daß das System der Ausfuhrabgaben, das bisher nur auf Verordnungen beruht, in einem Augenblick gesetzlich festgelegt wird, wo die Ausfuhrverhältnisse sich bereits wieder ähnlich wie zu Beginn des vorigen Jahres gestalten und eine Ausfuhrabgabe untragbar und ausfuhrbehindernd wirkt. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Damit hat der Entwurf seine endgültige Erledigung durch den Reichswirtschaftsrat gefunden.

Ein anderer Gesetzentwurf, der das Strafverfahren bei der Außenhandelskontrolle vereinfachen soll, fand die Zustimmung des Außenhandelskontrollausschusses. Er sieht Ordnungsstrafen bis zu 1 Million Mark oder dem dreifachen Wert der Ware vor, nur in Ausnahmefällen soll daneben die Sperrung von Firmen gegen die Ausfuhr erfolgen. Außerdem können die Außenhandelsstellen durch partielle Ausschüsse Geldstrafen bis zu 100 000 M. verhängen.

Aus der Spiritusindustrie. Ueber die Lage der Spiritusindustrie wurde auf der Generalversammlung der Spiritusfabrikanten Deutschlands berichtet, daß die Monopolverwaltung in das Betriebsjahr 1921/22 mit sehr dünnen Spiritusbeständen hingegegangen ist; ihr Vorrat betrug nur rund 200 000 Hektoliter, davon aus Inlands-erzeugung rund 140 000 Hektoliter; die Spirituserzeugung des Berichtsjahres hat sich auf 1 938 000 Hektoliter gestellt, wovon etwa 1 400 000 Hektoliter in landwirtschaftlichen Brennereien, und zwar 300 000 Hektoliter aus Kartoffeln, der Rest aus Mais hergestellt worden sind. Die erfreuliche Folge des verstärkten landwirtschaftlichen Brennereibetriebes sei eine sehr merkliche Hebung des Viehstandes in den Landwirtschaftsbetrieben auf leichten Böden gewesen. Leider hat der Abfall an Branntwein mit der Erzeugung nicht gleichen Schritt gehalten, auch der Abfall an vergälltem Spiritus ist im Berichtsjahre ganz außerordentlich zurückgegangen. In den letzten Monaten ist darin allerdings eine wesentliche Änderung eingetreten; nachdem unsere Vorkriegsverhältnisse die Einfuhr von Benzin und Petroleum sehr erschweren, ist an deren Stelle in großem Umfang der Spiritus getreten. Wie lange diese günstige Konjunktur für den Spiritusverbrauch anhalten werde, wisse man allerdings noch nicht. Jedenfalls sei der in den letzten Monaten stark gestiegene Verbrauch für die genannten Zwecke wohl der Grund dafür, daß man nicht in neuem Maße von der durch unseren Vorkriegsstand gegebenen Gelegenheit, Spiritus auszuführen, Gebrauch gemacht habe.

Das Ende des Pfalzbankkraches. Die Pfälzische Bank, die an verfehlten Devisenspekulationen zusammengebrochen war, ist nach einem Beschlusse der Generalversammlung nunmehr in der Rheinischen Kreditbank aufgegangen. Ursprünglich hatten sich die Aktionäre dagegen gesträubt, weil ihnen der Gegenwert — für vier Pfalzbankaktien zu 1200 M. wurde eine Aktie der Rheinischen Kreditbank angeboten — zu gering schien. Jetzt hat man sich jedoch damit abgefunden, und so kam der einstimmige Beschlusse zustande.

## Der Papieradlige von Pehow.

In der Kirchblütenzeit, die in ein paar Wochen ganz langsam wieder herausdämmern wird, gibt es für den Wanderer, der gut zu Fuß, seine prächtigen Wanderung als von Potsdam auf der herrlichen Havelhauffee nach dem ganz in Blüten getauchten Kaputh, von dort an der Nordseite des mächtigen Schwielonssees entlang zu dem von Theodor Fontane hochgerühmten Baumgartenbrück (der alte Zauber ist dort längst nicht mehr) und dann weiter nach dem jetzt viel genannten Pehow, wo die Raehnes ihren Sitz haben. Hier in Pehow kann man sich entscheiden, ob man weiter nach Fersch spaziert und von dort mit dem Dampfer zurückfährt oder ob man auf gewundenen schmalen Pfaden zwischen blühenden Obstgärten hindurch an den Glindecker Lehmburgen vorbei, höchst anspruchsvoll „Glindecker Alpen“ getauft, über Glinde nach Werder zurückgeht. Blühen die Hunderttausende von Kirchbäumen, spendet die Sonne milden Segen, blaut die Havel zärtlich wie seidene, mit Gold durchwirkte Bänder, sieht man die fleißigen Obstfiedler und die fröhlichen, oft übermühten Menschen, dann kommt einem der Gedanke unfassbar vor, daß mitten in diesem Paradies wie auf einem Zwing-Uri ein halbblütiger Junker sitzt, der da glaubt, seine morsche Autorität mit Gewehren und Revolveren stützen zu können.

Diese Raehnes, deren mittelalterliche Schießglocke jetzt so viel von sich reden machen, sitzen schon erloschene Zeit auf Pehow. Ihre Vorfahren, seit 1630 in Pehow nachweisbar, waren Bauern. Kluge, geschäftstüchtige Bauern, die es soweit brachten, daß sie 1840 geadelt wurden, daß 1845 ihr Besitztum ein freiständiges Rittergut wurde. Aber die Manieren haben sie dem adeligen Junkertum bald und gründlich und dauernd abgequodt. Das, was die Raehnes in der Nähe Berlins sich erlauben, wagt heute kein Junker in Hinterpommern oder Ostpreußen mehr.

An dem in gotischem Stil nach Plänen von Schinkel erbauten Herrenhaus fand schon Theodor Fontane nicht viel Ruhmendes. Der damalige Besitzer Pehows trieb die prologische Beschäftigung mit der Jagd, ein Spritzenhaus und auch Arbeiterhäuser in gotischem Stil anlegen zu lassen. Der Park, von dem berühmten Gartenbaudirektor Lenné angelegt, war einst mit seinem auch heute noch schönen Bild auf den Haussee und den Schwielonssee eine Sehenswürdigkeit. In dem letzten Jahrzehnt ist er sehr verwildert und verwahrlost. Ein Haus des Dorfes Pehow galt lange Zeit als das Geburtshaus des Berliner Tanzmeisters und Begründers der Berliner Singakademie Zeller, doch hat sich diese Annahme, der auch noch Fontane huldigte, als ein Irrtum herausgestellt.

Sehr schön ist die Kirche gelegen, 1841 von Stüler auf einem Hügel erbaut. Jedoch ist das Gebäude dem Untergang geweiht, denn von der Südwestseite wird ihm schon seit Jahren das Fundament, ziegelstücker Lehm, durch Abbau entzogen. Die märklichen Natur- und Heimatfreunde haben sich zwar gegen die Zerstörung der Kirche gewehrt, aber ob es ihnen auf die Dauer helfen wird, ist fraglich. Die in unmittelbarer Nähe befindliche, „Grelle“ genannte Ziegelei ist eine der ältesten in Havelland und Zauche. Und dieses durch alte und neue Wirtschaftskultur gleich ausgezeichnete Städtchen Land wird von einem einzigen Menschen des absonderlichen Typs „Edelmann“ (was man so im gelegenen Preußen darunter versteht) in Angst und Schrecken versetzt.

### Die Eröffnung der Voruntersuchung.

Der Fall Raehne ist seit dem gestrigen Montag in ein neues Stadium getreten. Während bisher gegen Hauptmann Karl v. Raehne auf Grund der Anzeige der Polizeibehörde nur ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet worden war, hat die Staatsanwaltschaft in Potsdam beim zuständigen Untersuchungsrichter nunmehr die Eröffnung der Voruntersuchung auf verurteilten Totschlag beantragt. Das Verfahren gegen Raehne liegt jetzt in den Händen des Potsdamer Untersuchungsrichters, der die Akten von dem bisher mit der Untersuchung betrauten Amtsgericht Werder eingefordert hat und auch die für den morgigen Mittwoch angeordnete Zeugenvernehmung selbst vornehmen wird.

### Schnellste Fertigstellung der Nord-Südbahn.

Eröffnung der Hauptstrecke voraussichtlich im Oktober. Im Gegensatz zum Sparprogramm des Magistrats, der die Fertigstellung des Baus der Nord-Süd-Untergrundbahn von der See-straße im Norden bis zum Ringbahnhof Neukölln im Süden hinausschieben möchte, hat sich gestern der zur Vorbereitung der Umwandlung der Bahn eingesezte Stadterordneten-Ausschuss auf dem Standpunkt gestellt, daß die ganze Bahnstrecke so bald wie möglich beendet werden soll.

Der Ausschuss schloß sich überwiegend den Ausführungen des Magistratsvertreters, Stadtbaurats Hahn, an, daß bei weiterer Hinausschiebung der Bahnvollendung der Bau nur immer noch teurer werden würde. Hätte man 1919 und 1920 die erforderlichen Gelder für den ganzen Bahnbau bekommen können, so wäre die Bahn heute schon zu weit niedrigeren Preisen fertiggestellt, als es jetzt in noch anderthalb Jahren geschehen könnte. Nach dem jetzigen Stand der Werk sind, wie der Magistratsvertreter weiter ausführte, zur Fertigstellung der gesamten Bahnstrecke noch 567 Millionen erforderlich, wovon auf die Nordstrecke allein etwa 300 Millionen entfallen. Davon sollen von privaten Banken in zwei Gruppen 350 bis 375 Millionen und vom Reich 150 Millionen als langfristiges Darlehen aus der produktiven Erwerbstätigenförderung gegeben werden. Bedingung hierfür ist aber, daß die Nord-Südbahn in die selbständige Rechtsform einer Aktiengesellschaft übergeführt wird, damit das Bahnunternehmen als Sicherheit dienen kann. Die Stadt würde aber die überwiegende Mehrheit der Aktien behalten. Der Stadterordneten-Ausschuss stellte sich nach eingehender Erörterung einstimmig auf dem Standpunkt, daß die gesamte Strecke, von der See-straße bis Neukölln, mit größter Beschleunigung fertiggestellt und die im wesentlichen schon fertiggestellte Nordstrecke bis zum Halleschen Tor möglichst bald in Betrieb gesetzt werden soll. Seitens des Magistrats wurde zugestimmt, diese Strecke, falls keine unerwarteten Hindernisse eintreten, bis zum Oktober d. J. in Betrieb zu setzen und je nach Vollendung der weiteren Teilstrecken den Betrieb nach Süden zu erweitern. Der Ausschuss wird, um sich einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten zu verschaffen, am Donnerstag vormittag die Nord-Südbahn in ihren wichtigsten Bauabschnitten besichtigen. Die vom Magistrat unterbreiteten Verträge über die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft, über den Betrieb der Bahn durch die Hochbahngesellschaft (der eine Reihe von wichtigen Bedenken erregte), und über die Herbeiführung von privatem Kapital wurden einem Unterausschuss von 5 Mitgliedern zur Vorprüfung überwiesen.

### Die teuren möblierten Zimmer.

Zur Warnung für Zimmervermieterinnen kann ein Fall dienen, der das Schöffengericht beschäftigte. Dort hatte sich die Ehefrau eines Kaufmanns R. wegen gewerksmäßiger Wucher zu verantworten. Die Angeklagte hatte von ihrer Wohnung, für die sie 140 M. Miete zahlte, zwei Zimmer zum Preise von 600 M. abvermietet, wozu noch eine besondere Vergütung für die Benutzung der Bettwäsche kam. — Vor Gericht beantragte der Amtsanwalt, da gewerksmäßiger Wucher (strafbarer Eigenwuch) vor-

liegt, die gesetzliche Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis und 150 M. Geldstrafe. Vom Verteidiger wurde darauf hingewiesen, daß die Ausbeutung einer Wohnung nicht vorliegt und auch der Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß sie angesichts der fortwährenden Steigerung aller Preise bei Abschluß des Mietvertrages sich bewußt geteilt sei, daß der Mietpreis tatsächlich zu hoch war. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfang an und erkannte auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse, gab aber der Angeklagten den Rat mit auf den Weg, sich in Zukunft erst beim Mietvereinigungsamt wegen der Angemessenheit des Mietpreises zu erkundigen.

### Pompls Entführung.

Die „rätselhafte Entführung“ eines Gastwirts in der Lothringers-straße erregte gestern einiges Aufsehen. Der Gastwirt Josef Pompl aus der Lothringers-straße 53 hatte mit einigen Gästen kleine Freundschaftsgesichte gemacht, die von der Behörde nicht gern gesehen wurden. Man wollte ihn ins Polizeipräsidium zitieren, um dort von ihm einige Aufklärung zu erlangen.

Vorsichtshalber entfiel die Kriminalpolizei in einem Auto drei Kriminalbeamte zu dem Gastwirt, der in dem Ruhezustand, unliebsame Gäste höchst unfreundlich zu empfangen. Die drei Beamten lernten Pompl auch wirklich nicht von der angenehmsten Seite kennen. Als der Gastwirt erfuhr, daß man ihn ins Polizeipräsidium bringen wolle, verschwand er, der gerade eine höchst animierte Geburtstagsfeier hinter sich hatte, hinter dem Valentisch und griff zu einem schußfertig daliegenden Revolver. Die drei Kriminalbeamten rebeten dem Wütenden gütlich zu, versprachen ihm sogar eine hohe Belohnung, wenn er sich der Ausföge unterziehen würde und brachten den stark angeheiterten Mann glücklich in das bereitstehende Auto. Frau Pompl, eine sehr energische Dame, betrachtete die Entführung ihres Gatten äußerst mißtrauisch. Offenbar war sie der Ansicht, daß ihre schlechtere Hälfte die Verhaftung von einigen „guten Freunden“ nur habe „mimen“ lassen, um eine kleine Bierreise zu unternehmen und besah ihrem Mann kategorisch, in zwei Stunden wieder zurück zu sein. Im Auto machten sich bei Pompl die Folgen des reichlich genossenen Alkohols bemerkbar, und als er im Polizeipräsidium anlangte, konnte er sich auf nichts mehr besinnen. Wie es in derartigen Fällen üblich ist, wurde der selbige Pompl ins Polizeigefängnis gebracht, um seinen Raub zu überwinden. Inzwischen waren die zwei Stunden verfloßen und Frau Pompls Ultimatum abgelaufen. Sie fuhr in das Polizeipräsidium und erfuhr dort — unglückseligerweise hatte man vergessen, die Ueberführung des Gastwirts ins Polizeigefängnis zu registrieren —, daß ihr Mann nicht dort sei. Frau P. wurde von der Furcht gepackt, ihr Mann sei von Räubern in der Maste von Kriminalbeamten entführt worden, und demgemäß machte sie die Kriminalpolizei mobil. Sofort wurden Streifen entlassen, die nach dem „entführten“ Pompl überall fahnden sollten. Bis in die Nacht hinein waren die armen Beamten unermüdlich tätig, aber von Pompl oder seinen Begleitern fand sich keine Spur. Erst später klärte sich das unglückselige Mißverständnis. Die Fahndungsbeamten wurden zurückgerufen und Frau Pompl erhielt nun amtlich die Kunde, daß ihr Mann zu recht „entführt“ worden sei, und daß er sich wegen einiger ihm zur Last gelegten Vergehen vor seiner Entloftung noch verantworten müsse.

Gegen einen kommenden Turn- und Sportzwang für die Jugend wendet sich eine Entschliebung der Deutschen Friedensgesellschaft, die folgenden Wortlaut hat: Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, warnt die zuständigen Reichsbehörden eindringlich davor, durch Einbringung eines Jugendwohlfahrtsgesetzes, daß die Jugend während vieler Jahre zur Betätigung in Sport- und Turnvereinen zwingt, einen Versuch zu neuer Militarisierung der deutschen Jugend zu machen. Durch geeignete Gestaltung der Schulbildung, der Arbeit, der Spiele, durch Mithilf und Wandern ist die Jugend in Freiheit zur vollen Schönheit ihrer Menschlichkeit zu führen. Alle Erziehung zu äußerlicher Unterwerfung, zu militärischer Disziplin ist volkverderblich. Die freirechtlichen Parteien, Bildungsorganisationen, die Arbeiter- und Jugendbewegung rufen wir auf zur Abwehr solcher Pläne.

Keine Berufsschuldenspekulation. Der Berliner Magistrat hat in seiner außerordentlichen Sitzung am Sonnabend, den 18. Februar, einen Antrag auf Bildung einer besonderen Deputation für das Berufsschulwesen abgelehnt.

Die Braunkohlenarbeiterin, über deren Not und Tod wir in Nr. 79 berichteten, wird heute beerdigt. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden, doch ist der überlebenden Schwester die Todesursache noch nicht bekannt.

Die jüngste deutsche Großstadt ist Buer in Westfalen. Am 2. Februar dieses Jahres hat ihre Einwohnerzahl die Hunderttausend überschritten. Zahlreiche Gläubwünsche der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sind anlässlich dieses Ereignisses bei der Stadt eingelaufen. Der Reichspräsident hatte ein Telegramm überliefert, in dem er insbesondere auf die hervorragenden Leistungen Buers auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungen hinweist.

Fliegerzwischenfall über dem Vesuv. Der britische Flieger Cotham wurde bei einem Fluge dicht über dem Kraterstand des Vesuv durch eine Schwefelgasdampfwolke etwa 300 Meter hoch gefesselt. Es gelang ihm aber, mit seinem Flugzeug unbeschädigt zu landen.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, am Tage ziemlich mild mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Mittwoch, den 22. Februar:

- 14. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Jahlabende in folgenden Lokalen: bei Schöpfel, Schützenstr. 13; Gilmwald, Vorkulmer Str. 21; Wolfener, Steinstr. 67.
  - 15. Abt. Zeitl. Beil. 7 1/2 Uhr nicht Schulaula Bernauer Str., sondern Schale Vorkulmer Str. 26. Ref. Arthur Schüller.
  - 17. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Jahlabende aller Parteien bei Welsch, Stargarder Str. 3. Thema: Streit und Sozialdemokratie. Referent: Kurt Richmann.
  - 17. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Jahlabende in folgenden Lokalen: bei Rosarius, Waldheider Str. 19; Rauch, Mariannenplatz 22; Brandt & Co. Rosch, Mauerstr. 1. Nach einleitenden Vorträgen Diskussion, zu der alle Genossen und Genossinnen eingeladen sind.
  - 18. Abt. Charlottenburg, Abends 8 Uhr Freuenabend bei Stein, Passauer Str. 26. Thema: „Bei den Friedensfreunden in England“. Referent: Martha Stanig. Gäste willkommen.
- Jugendgruppen, Gruppe Brig. Abds. 7 1/2 Uhr Ipricht im Jugendheim, Chausseest. 48. Ernst Friedrich über: „Armut“ von Hildegard, Junge Menschen als Gäste willkommen.

### Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, O.B. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Exp. Telefon Berlin 121 68-121 12.

### heute, Dienstag, den 21. Februar:

Welschener, Jugendheim, Holzgraben, Moedlpromenade. Vortrag: „Der Friedensvertrag von Versailles“.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Das Bestenmiller, seit fast 40 Jahren bestehende Kaufhaus Singer & Co., Chausseest. 61-62, Ecke Vorkulmer, veranstaltet eine „Wichtige Woche“. Man beachte die Ausstellung in den 24 Schaufenstern und Schauplätzen, sowie das Interes in deniger Ausgabe dieses Blattes.

# Gewerkschaftsbewegung

## Verpflichtung durch Handschlag.

Während der Kriegszeit, am 3. Mai 1917, wurde eine Bundesratsverordnung erlassen, wonach Angestellte bei Behörden oder in kriegswirtschaftlichen Organisationen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag verpflichtet werden können. Bei der Aufnahme eines Angestellten oder Beamten in ein lebenslängliches Dienstverhältnis wird gegen eine solche Verpflichtung nichts zu sagen sein. Auch dann nicht, wenn sie gelegentlich in Erinnerung gebracht würde, ohne jedoch wiederholt zu werden.

Was soll man aber dazu sagen, wenn jetzt die Tarifdeputation der Stadtgemeinde Berlin auf jene vorwonnemberliche Verordnung zurückgreift, mit dem Hinweis, daß diese Verpflichtung durch Handschlag in den einzelnen Bezirksverwaltungen bisher nur in geringem Maße erfolgt sei, eine Verpflichtung sämtlicher nichtständig Angestellter aber im dienstlichen Interesse notwendig erscheine, weshalb man beabsichtige, die noch fehlenden Hilfsangestellten gleichfalls zu verpflichten.

Dem Gesamtbetriebsrat ist diese Absicht zur Kenntnis gebracht worden mit dem Ersuchen, um Kenntnisnahme und Aufhebung etwaiger Wünsche. Was macht der Gesamtbetriebsrat? Er bringt diese Magistratsverordnung in die Öffentlichkeit und bezeichnet sie ganz respektlos als Kuriosität. Was soll da aus dem Handschlag werden? Die gute Absicht der Tarifdeputation schützt sie nicht vor der Frage, ob es nicht besser war, diese Arbeitsverordnung ruhen zu lassen.

## Der Müllfahrsstreik.

Man schreibt uns: Durch den seit 8 Wochen andauernden Streik hat sich das Müll auf den Höfen verhäuft angehäuft. Ratten und Mäuse haben gute Tage. Keine Behörde kümmert sich um diese Zustände. Es gehört mit zu den Aufgaben des Magistrats, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Die „Volkszeitung“ teilte in ihrer Abendausgabe vom 17. d. M. mit, daß eine Konferenz im Polizeipräsidium im Anfang dieser Woche stattfinden soll zwischen den hierfür zuständigen Behörden, Arbeitgebern, Streikenden und der Technischen Nothilfe. Den Streikenden und ihrer Organisation ist von einer derartigen Konferenz nichts bekannt. Sie haben nichts dagegen, wenn schmalstirnige Bürgerhühner der Technischen Nothilfe sich beim Transport der schweren Müllkästen betätigen wollen. Nach einer kurzen Probe werden sie sich davon überzeugen, daß Müllfahren kein Zunderleben ist, und ebenfalls — streiken. Zumal dann, wenn die Wirtschaftsgenossenschaft ihnen eine gleich fürsichtige Bezahlung zukommen läßt, wie ihren Arbeitern vor Ausbruch des Streiks, von 468 M. für Kutscher und 444 M. für Müllfahrer. Dann würde das im Bürgertum verbreitete Gerücht über die Ministergehälter der Müllfahrsstreik bald verfliegen. Die Geschäftsleitung der Wirtschaftsgenossenschaft zahlt ihren Stalkenten, die alle Familienväter sind und von den Streikenden in dem Betriebe zur Verrichtung der Nothandarbeiten (Fütterung und Pflege der Pferde) befaßt wurden, noch heute einen Bruttolohn von wöchentlich 355 M. Wenn die Genossenschaft den Frieden will, kann sie ihn jeden Tag haben. Die Streikenden sind hierzu bereit, sobald ihnen ein für ihre laute Arbeit angemessener Lohn gewährt und der bis-

herige Lohn befallen wird. Solange aber der Aufsichtsrat auf seinem Standpunkt beharrt, der Hausbesitz keine weitere Belastung durch Erhöhung der Müllabfuhrgebühren ertragen, kann der Streik nicht beendet werden. Dies kam auch in einer am 16. d. M. stattgefundenen Versammlung der Streikenden zum Ausdruck, in welcher John über die Streiklage berichtete. Einstimmig wurde beschlossen, den Kampf weiterzuführen und wenn er noch 10 Wochen dauern sollte. Den Gedanken der Würdemachung der Streikenden wird der Aufsichtsrat wohl aufgeben müssen. Noch stehen die Genossenschaft und die in ihr verkörperten Grundbesitzer auf dem Standpunkt, diesen Streik als Vorspann zur Erlangung höherer Mieten benutzen zu können, daher die Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit. Infolgedessen hat sie auch die Verantwortung für die den Bürgern Berlins durch den Streik entstehenden Unannehmlichkeiten zu tragen.

## Vergleich im Töpfergewerbe.

Die Töpfer verhandeln seit längerer Zeit mit ihren Unternehmern wegen Lohnerhöhung. Die Verhandlungen wurden erschwert durch die große Arbeitslosigkeit (zurzeit 70 Proz.) im Beruf. Die Unternehmer lehnten schon im Januar jede Rechtsforderung ab. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 19. Januar, der den Lohn pro Stunde von 13 M. auf 14,25 M. erhöhte, verfiel ebenfalls der Ablehnung durch die Unternehmer. Die Organisation der Töpfer stellte nun den Antrag beim Demobilisierungskommissar auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches und reichte zu gleicher Zeit neue Forderungen zum 1. Februar ein. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab. Der angerufene Schlichtungsausschuss brachte einen Vergleich zustande. Er lautet: „Die Lohnsätze betragen vom 20. Februar 1922 ab 15,50 M. im Stundenlohn. Die Teuerungszulage bei Akkordlohn sätzen beträgt 1200 Proz. Dieses Abkommen gilt bis zum 31. März 1922. Für die Zeit von der auf den 16. Januar 1922 folgenden Lohnwoche bis zum 19. Februar 1922 werden Nachforderungen nicht gestellt. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 19. Januar 1922 wird zurückgezogen. Die Parteien behalten sich das Recht des Widerrufs bis zum 20. Februar 1922, mittags 12 Uhr, durch Mitteilung aneinander und an den Schlichtungsausschuss vor.“ Diesem Vergleich haben nun beide Parteien zugestimmt. Widerruf wurde nicht erhoben und damit ist die Lohnbewegung beendet.

## Kommunistische Zutritte.

Der Bezirksverein Berlin des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird uns geschrieben: In verschiedenen Bezirken des Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, mit kommunistischer Leitung werden gegenwärtig Handzettel zu außerordentlichen Bezirksversammlungen verbreitet, die von der kommunistischen Fraktion ausgehen. Wir machen darauf aufmerksam, daß Versammlungsanzeigen nur im Mitteilungsblatt bekanntgemacht werden dürfen, und daß die Obleute jener Bezirke ihre Befugnisse überschritten haben, wofür sie verantwortlich gemacht werden. Versammlungen, die auf diese Weise bekanntgegeben werden, sind nicht als Veranstaltungen des Bauarbeiterverbandes anzusehen. Wir ersuchen unsere Kollegen, dieselben nicht zu besuchen.

Des weiteren ist uns zu Ohren gekommen, daß das letzte Mitteilungsblatt in einigen Bezirken nicht verbreitet worden sein soll. Wir bitten alle Kollegen, die besonders

die Nummer 4 und auch frühere Nummern des Mitteilungsblattes nicht erhalten haben, ebenfalls solche, denen die folgenden Ausgaben nicht zugestellt werden sollten, uns unverzüglich davon Mitteilung zu machen, damit wir den Ursachen nachgehen und entsprechende Maßnahmen treffen können.

## Vermittlungsfaktion im Mitteldeutschen Braunkohlerevier

In Leipzig fand eine von ungefähr 200 Delegierten besetzte Konferenz der am Lohnvertrag im Mitteldeutschen Braunkohlerevier beteiligten Organisationen statt, um über das Ergebnis der bisherigen Tarifverhandlungen zu beraten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die angebotene Vermittlungsfaktion abgelehnt werden soll, ehe man weitere Schritte unternimmt. Es wird jedoch vorausgesetzt, daß diese Verhandlungen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden. Im Falle der Ablehnung der Forderungen ist man unter allen Umständen gewillt, den Kampf aufzunehmen.

Die Krise in der Zigarettenindustrie und die Tariffrage waren Gegenstand einer Branchenversammlung, die der ZdM. für seine Sektion Zigarettenindustrie einberufen hatte, und in der Kollege Kasper referierte. Die Forderungen der Angestellten, die bereits vor sechs Wochen eingereicht worden sind, konnten bisher nicht erledigt werden, weil sich der Arbeitgeberverband weigerte mit dem Lohnkartell, in dem auch die gewerblichen Arbeitnehmer vertreten sind, zu verhandeln. Anzuweisen ist dem ZdM. der Schlichtungsausschuss angerufen worden, um über die Forderung: Erhöhung des Dezembertarifs um circa 35 Prozent zusätzlich 300 M., rückwirkend vom 1. Januar 1922, und Heraushebung der Berufs-jahreszulagen in Gruppe 3 und 4 um 25 M. zu entscheiden.

Die Hamburger Meerarbeiter beschäftigten sich Sonntag mit dem Stand der Lohnbewegung. Es wurde mitgeteilt, daß die Werksbesitzer zwar die geforderte Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Mark abgelehnt, dagegen die folgenden Zugeständnisse gemacht hätten: Ab 1. März werden die Löhne für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter um 50 Pfennige je Stunde erhöht. Die für Verheiratete und Ledige über 25 Jahre festgesetzte Zulage wird von 50 auf 80 Pfennig und die Kinderzulage von 10 auf 20 Pfennig je Stunde erhöht. Die Versammlung beschloß, über dieses Angebot eine Abstimmung vorzunehmen.

In der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie sind die Verhandlungen über eine Erhöhung der Angestelltenlöhne gescheitert. Die Angestellten forderten eine Gehaltserhöhung von etwa 60 Proz. in den unteren, fallend bis zu 37 Proz. in den höchsten Stufen. Die Arbeitgeber wollten als letztes Angebot eine Erhöhung der Januarquartalszulage um 35 Proz. bewilligen unter Wegfall der Januar-teuerungszulage. — Die Betriebsmänner aller am Tarifvertrage beteiligten Angestellten-Gewerkschaften haben dieses Angebot abgelehnt.

In der Mainzer Metallindustrie ist der Streik ausgebrochen. Die Abstimmung über das Angebot der Unternehmer ergab in sämtlichen Betrieben eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung.

Gewerkschafts-Unterkommissionen Westfalen. Mittwoch abend 7 Uhr, Sitzung. Kaiser-Friedrich-Saal-Gymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 29A. Delegierte müssen unbedingt erscheinen. Der Obmann

Verantwortl. für den Inhalt: Feil Franz Müller, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Giese, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

# Weißer Woche

dauert bis 25.d.M.

Unsere

und bietet eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen!

Damenwäsche	Bett- u. Hauswäsche	Wäschestoffe	Weißwaren
Damenhemden aus gutem Hemden-tuch 47 <sup>50</sup>	Fertige Deckbettbezüge mit Knöpfen 138 <sup>75</sup>	Hemdentuch 80 cm breit 18 <sup>75</sup>	Weißer Tüll 100 cm breit 17 <sup>50</sup>
Damenbeinkleider a. Körperarch. Prisenform 39 <sup>75</sup>	Fertige Kissenbezüge aus Knöpfen 37 <sup>50</sup>	Madapolam feinfädig, 90 cm breit 22 <sup>50</sup>	Tüllvolants reich bestickt, 45 cm breit 27 <sup>50</sup>
Damenbeinkleider mit br. Sticker-Knieferm 44 <sup>75</sup>	Fertige Deckbettbezüge prima Qualität 198 <sup>75</sup>	Linon 130 cm breit, für feine Bettwäsche 47 <sup>75</sup>	Tüllvolants extra reich bestickt, Rocklänge 39 <sup>75</sup>
Damenunterröcke mit breitem Stickerei-Volant 52 <sup>50</sup>	Bettlaken ohne Naht, weisse Flanellgewebe 87 <sup>50</sup>	Croisé-Finette gebleicht, 75 cm br. 26 <sup>75</sup>	Seidentüll elfenbein, 100 cm breit 26 <sup>75</sup>
Damenuntertaillen Madapolam, mit reich. Stickerei 24 <sup>75</sup>	Handtücher Gerwebekern, gestreift u. gebändert 25 <sup>75</sup>	Bettkattun 80 cm breit 22 <sup>50</sup>	Wäschestickerei and Einleiten, bis 6 cm breit 58 <sup>5</sup>
Damenzierschürzen mit Trägern 21 <sup>75</sup>	Handtücher Dreilagenweb, gestreift u. gebändert 24 <sup>50</sup>	Haustuch kräftig Gewebe, Lakenbreite 49 <sup>50</sup>	Zwirnspitzen in verschiedenen Größen 3.45 2.45 1 <sup>15</sup>
Gardinen	Konfektion	Bedarfsartikel	Handarbeiten
Engl. Tüllgardinen Schalenbreite 97 <sup>5</sup>	Batistblusen mit farbig. Garnierung 38 <sup>75</sup>	Sportkragen weich, für Herren 6 <sup>50</sup>	Weißer Kissen 60x60 groß, gezeichnet 24 <sup>75</sup>
Scheibenschleier angl. Tüll 5 <sup>5</sup>	Voile-Jumpers mit Streifenbestick 98 <sup>50</sup>	Herrn-Vorhemden weiß, gestreift, Weite 41-44 97 <sup>5</sup>	Weißer Läufer mit Spitze, gezeichnet 22 <sup>75</sup>
Künstl. Gard. 2 Schale u. 1 Quer-behang, Garnitur 127 <sup>50</sup>	Frottöröcke mit Knopf-garnitur 125 <sup>00</sup>	Oberhemden gestr. Ferkal-s. Krsg. u. Klapp-Manschetten 148 <sup>75</sup>	Weißer Decken m. Einsatz u. Spitze, 60x60 groß 24 <sup>75</sup>
Tüllbettdecken über 2 Betten 187 <sup>50</sup>	Batistkleider jugendliche Form 110 <sup>00</sup>	Damen-Strümpfe weiß, engl. lang 87 <sup>5</sup>	Hemdpassen gezeichnet, moderne Dessins 13 <sup>75</sup>
Engl. Tülltischdecken Größe 130x140cm 16 <sup>75</sup>	Vollvoilekleider reich bestickt, Jumpersform 450 <sup>00</sup>	Taschentücher für Damen, weiß u. mit bunter Karze 38 <sup>5</sup>	Untertaillen prima Wäsche-tuch, gezeichnet 27 <sup>50</sup>
Erbstüllgardinen Fenster (2 Schale) 87 <sup>50</sup>	Kinderkleidchen gestreift Voile, Größe 45 32 <sup>50</sup>	Knaben-Rodelmützen reine Wolle 27 <sup>50</sup>	Kinderkittel u.-Kleid. a. Anstich, 89.75 82 <sup>50</sup>

Einzelne und angestrebte Waschegegenstände, Reste und Abschnitte von Wäschestoffen, Wollstoffen, Seide, Hemdentüchern, Handtüchern usw. zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

# Kaufhaus Singer & Co., Chausseestr. 61-62

**Metall-Bettstellen**  
Kinderwagen  
Bettfedern  
Korbmöbel  
Fürst. Neukölln  
Hermannstr. 32  
E. Mathlow & Str.  
Fabr. L. Rubebitt, Auflegematt. u. Feldbestell  
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln un-  
grenzende. Gevond frei Haus.

**Brillanten**  
Platin-, Gold-, Silber-  
Sachen, Uhren und Ketten  
kaufen zu höchsten Auslandskursen  
Eig. Werkstatt. Ankauf in Rückkaufrecht  
**Juwelier S. Podwin**  
Alte Schützenstr. 25, u. d. Hünzler-  
und Zossener Str. 16.

**Spezialarzt für Nerven-**  
leiden und nervöse Störungen aller Art.  
Krankh. u. Sanität über langjährig er-  
worbene Rufen gegen Blindheit.  
Sanität Dr. Weises Helldammstr.  
Berlin 26, Potsdamerstr. 104, Sprechst. 11-3.

**Brillanten,**  
Gold-, Platin-,  
Silber-, Double-  
-Gold  
Retten, Ohren,  
Zubehörsätze, alle  
Mängel, alle weg,  
beim Kauf, bei Bedarf die  
höchsten Tagespreise  
ohne jeglichen Abzug.  
**P. Arendt**  
Aderstraße 38,  
Witz u. Stritt, Bohlen,  
an der Bernauer Str.

**Boten**  
14-16 Jahre alt  
mit eigenem Rad  
verlangt  
**Vorwärts-**  
Verlag  
Lindenstr. 3.

**Brillanten**  
Platin - Silber - Gold  
Zahngelisse, Quecksilber  
kauft zu enorm hohen Preisen Edelmetallgroßhandlung  
**Heinrich Trapp**  
handelt getrennt, eingetr. Firm. a  
**Beuthstr. 10 (Laden)** am Spittelmarkt  
Zentrum 18.

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
und Gegenstände, Pfandscheine  
**Kottbuser Damm 6, Einkaufsbureau**

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch,  
Quecksilber,  
Blei, Kupfer, Platin  
usw.  
kauft zum Höchstpreise  
Scharnow, Lange Str. 33,  
am Schlesischen Bahnhof!

**Zeitungspapier!**  
gebündelt, kg 3.00  
Haus- Wein-  
lampen! Halbes!  
Haber Kreise  
Neukölln  
Welter-  
straße 17a  
Telegraphisch! Rein sauber!  
Fernruf: 281111

**Gold-**  
Silber-  
Platin, Brillanten etc.  
allerhöchste Tagespreise!  
**C. Käferle, Juwelier**  
Frankfurter Allee 276  
Nähe Ringbahnhof  
Fahrlohn wird vergütet!

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
Zahngelisse, Brillanten  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Bick** Invalidenstr. 144  
Andreasstraße 37

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
Brillanten  
Schmuckstücke, Ringe, Zahngelisse usw.  
kauft stets zu ganz besonders hohen Preisen  
**Gebr. Fuhrmann**  
Nollendorfstraße 39 1 Minute vom  
Nollendorfpiaz

**Billige Bettwäsche!**  
Sitzt noch günstig Abgabe alter Bestände (sowie  
Sorra). Richtiges Sägen und Breiten.  
Gr. Bezug 130 - 225 - 245 -  
Riffen - 30.50 45.50 52.50  
Gr. Kolen - 68 - 125 - 145 -  
100 cm breiter Latentstoff, gute Qualität, 90 - 100 -  
Kombi-licher, Inlets billig. Gegenangebot billig, Selbstwäsch.  
**Wäscheherstellung am Winterfeldplatz**  
Goltzstr. 28 Schöneberg Rosenaustr. 62  
am Winterfeldplatz, Bahnh. 192 u. 201, Schöneb.

**GOLD-**  
Silber-  
Platin-  
kauft  
**Gotzkowskyst. 13**

**Maßkorsetts**  
und Reparaturen.  
Fr. L. Gungartz,  
Neukölln, Bodestra. 23a.  
Fernspr. Neuk. 2354

**BERLITZ**  
SCHOOLS  
Leipziger Str. 123a  
Ecke Wilhelmstr.  
Tausendstr. 19a  
**FRENCH SPRACHEN**  
Einzelunterricht.  
Zirkel monatl. 66 Mark